

Staatsgeld ist liberal!

Milton Friedman, einer der bekanntesten liberalen Ökonomen und geistiger Vater des Monetarismus war ein Verfechter staatlichen Geldes. Er unterstützte die Idee des 100%-Geldes, das die Banken zwingen wollte, die jederzeit verfügbaren Gelder des Publikums vollständig mit Reserven zu hinterlegen. Bekanntlich können Banken mit einer einfachen Buchung Geld schöpfen, indem sie den gesprochenen Kreditbetrag dem Konto des Kunden gutschreiben und so aus dem Nichts Bankenbuchgeld schaffen. Das entsprechende Geld ist zwar nicht gesetzliches Zahlungsmittel; mit dem Versprechen der Banken, ihr Geld jederzeit in Bargeld umzuwandeln, haben sie es aber trotzdem geschafft, dass Bürger wie Staat ihr Geld akzeptieren!

Friedman wurde von seiner Analyse der grossen Depression geprägt. Die damalige Kreditkontraktion hatte zu einer immensen Vernichtung von Bankengeld geführt und so das Abgleiten in eine Depression verursacht. Mit einer 100%igen Hinterlegung des Geldes wäre dies kaum geschehen, weil die Notenbank die vollkommene Kontrolle über die Geldmenge M1 (Bargeld und Bankenbuchgeld) gehabt hätte.

Leider hat Friedrich August von Hayek (1899-1992) in seinen älteren Tagen (1976, 1978) die Idee eines privaten Geldes wieder propagiert und so die ganze Österreicher Schule mit einem höchst resistenten Virus infiziert. Der junge, herausragende Ökonom Hayek hätte gewiss nicht übersehen, dass die kostenlose Produktion von Geld bei freier Konkurrenz zu einem massiven Geldüberangebot (Hyperinflation) geführt hätte (bei Grenzkosten von Null und einem bestimmten Nominalwert des Geldes liegt die optimale Geldmenge bei freier Konkurrenz im Unendlichen).

Aus liberaler Sicht ist erstens entscheidend, dass die Produktion von Geld und die entsprechend entstehende Rente (Seignorage) nicht ein paar Privilegierten überlassen werden sollte. Geld ist der klassische Fall eines natürlichen Monopols bzw. eines öffentlichen Gutes, dessen Produktion durch den Staat bzw. die Notenbank erfolgen oder in ihrer Menge zumindest kontrolliert werden sollte.

Zweitens ist aus liberaler Sicht wichtig, dass auch Grossbanken Konkurs gehen können, ohne dass der Zahlungsverkehr eines Landes zusammenbricht und zu massiven realen Verwerfungen führt. Zumindest in diesem Sinne wäre das „too big to fail“ Problem gelöst.

Die Vollgeldinitiative bietet dem Schweizer Volk die einmalige Gelegenheit, diese liberalen Werte in der Verfassung zu verankern. Der Begriff des Vollgeldes ist zwar etwas unglücklich gewählt; man hätte es auch ganz einfach Staatsgeld nennen und die Tradition beim Münz- und Notengeld mit einem digitalen Franken fortsetzen können.

Die Initiative hat gegenüber dem Vorschlag des 100%-Geldes den grossen Vorteil, dass die Buchgelder aus den Bankbilanzen entfernt und bei einem Bankenkonkurs nicht in die Konkursmasse fallen werden. Sie liessen sich umgehend auf eine andere Bank transferieren – wie die Wertschriften auch. Der Zahlungsverkehr würde so selbst dann noch reibungslos funktionieren, wenn eine Grossbank untergeht. Und das sollte in einer freiheitlichen und marktwirtschaftlichen Ordnung möglich sein.

Der Initiativtext liesse auch zu, dass das Staatsgeld nicht nur im Sinne des von Friedman in die Diskussion gebrachten Helikoptergeldes (Art 99a 3 Satz 1) emittiert werden müsste. Die Schweizerische Nationalbank könnte auch Darlehen an die Banken gewähren, wie sie es seit jeher tut (dito Satz 2). Am heutigen System würde sich infolgedessen nur insofern etwas ändern als die Sichtgelder des Publikums aus den Bankbilanzen entfernt würden.

Die Bankkunden erhielten so endlich auch das Recht, über ihre Kreditgewährung an die Banken (Sparkonti, Kassenobligationen und Anleihen) selbst zu bestimmen. Das Lohnkonto wäre nicht mehr mit einem automatischen Zwangskredit an die Bank verbunden, wie es im heutigen, angeblich liberalen System der Fall ist.

Dr. Chr. Zenger

Volkswirtschaftler und Geschäftsleitungsmitglied der Firma Covasys Wyttenbach & Zenger

September 2017